

In der Senatssitzung am 24. Januar 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

19.01.2023

Frage L 32

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 24.01.2023

„Mann mit Messerstichen schwer verletzt“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen in der Fragestunde zum Thema „Mann mit Messerstichen schwer verletzt“ gestellt:

1. Inwieweit konnte der Tatverdacht, im Falle eines Angriffes mittels eines Messers am 29 Juli 2021 in der Bahnhofsvorstadt, als bei einer Auseinandersetzung zwischen zwei 19 und 24-jährigen Bekannten, die an den Straßenbahngleisen in Streit gerieten und der Jüngere auf den Älteren einstach und ihn damit schwer verletzte (Polizeimeldung 0567), gegen den aus Tunesien stammenden Tatverdächtigen, von der Polizei erhärtet werden?
2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen (Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera) und konnte der Tatverdächtige gegebenenfalls inhaftiert und/oder angeschoben werden?
3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnte der dringende Tatverdacht gegen den Beschuldigten erhärtet werden. Durch die Staatsanwaltschaft Bremen wurde ein Haftbefehl angeregt, der durch das zuständige Amtsgericht Bremen erlassen wurde. Gegen den Beschuldigten wurde am 12.08.2021 Anklage zum Landgericht – Jugendkammer – erhoben. Er wurde mit Urteil vom 27.01.2022 zu einer Einheitsjugendstrafe von zwei Jahren zur Bewährung verurteilt und verbüßt derzeit seine Haft.

Der Beschuldigte war nach der Tat insgesamt weitere viermal mit Diebstahlsdelikten und zweimal wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte als Beschuldigter strafrechtlich in Erscheinung getreten.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Tatbeteiligten sind männlichen Geschlechts.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatorin für Justiz und Verfassung wurde eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 19.01.2023 der mündlichen Antwort auf die Fragen der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.